



Vorlage Nr. 22-O-02-0013

Tagesordnungspunkt 13

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden Westend/Bleichstraße am 16. März 2022

Erhalt der Sprach und Integrationskurse in der AWO-Familienbildungsstätte

Gemeinsamer Antrag der Fraktion DIE LINKE und SPD:

1. Der Ortsbeirat fordert den Magistrat auf darzulegen, warum die Stadt das bisherige Angebot der AWO-Familienbildungsstätte an Sprach- und Integrationskursen nicht im ausreichenden Maß finanziell unterstützt, so dass es kostendeckend erbracht werden kann, obwohl vom AWO-Vorstand das Interesse bekundet worden war, das Angebot mit angemessener finanzieller Ausstattung weiterzuführen.
2. Ferner soll er erläutern, welcher Träger künftig die zum 31.03.2022 wegfallenden unverzichtbaren Integrations- und Sprachkurse (auch Alphabetisierung) für durchschnittlich 177 Teilnehmer:innen, die parallel laufende Betreuung von bis zu 40 Kindern (die keine Plätze in Kitas haben, aber in Wikita, dem Wiesbadener Kita-Vormerkssystem sind) sowie die in Einzelbetreuung für diese Kinder durchgeführte Sprachförderung, anbieten kann und wird und in welchem Umfang sich die Stadt finanziell daran beteiligt.
3. Der Magistrat möge veranlassen, dass dem Ortsbeirat Westend/Bleichstraße eine Auflistung zugeht, die folgende Punkte beinhaltet:
 - alle Träger, die in der Stadt Wiesbaden Integrationskurse anbieten
 - die jeweilige Anzahl der TeilnehmerInnen
 - die Höhe der städtischen Zuschüsse
 - Zielgruppe und (falls vorhanden) pädagogisches Konzept des Anbieters
4. Der Magistrat wird um Auskunft gebeten, ob Gelder vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für diese Maßnahmen in Anspruch genommen wurden und wenn nein warum nicht.

Begründung:

Das Angebot der AWO Familienbildungsstätte wird vor Ort dringend benötigt und erreicht eine Zielgruppe, die sonst deutlich unterdurchschnittlich häufig solche Angebote annimmt. Das Konzept richtet sich gezielt an Frauen mit Migrationshintergrund und kleinen Kindern. Während die Frauen Deutsch lernen und den Aufbau unseres Staates kennen lernen, werden ihre Kinder im Haus durch Fachkräfte betreut und bekommen - falls nötig - ebenfalls gezielte Unterstützung beim Deutschlernen. Dieses Konzept ist einzigartig und deswegen beträgt der Frauenanteil bei I-Kursen im bei der FBS der AWO nahezu 100 Prozent. Warum die Stadt diese Erfolge mutwillig ignoriert und meint, sie einstellen zu müssen, ist unklar. Entweder ist es der unflexiblen Zuschusspolitik geschuldet oder noch schlimmer schlichtweg vergessen gegangen. Rausreden kann sich der zuständige Stadtrat Imholz allerdings nicht

mehr: In einem Schreiben vom 28.01.2022 hatte die AWO ihm mitgeteilt, dass damit spätestens zum 31.03.22 das Angebot eingestellt werden müsse. Bis zum jetzigen Zeitpunkt hat die AWO nach eigener Aussage keine Antwort auf Ihr Schreiben erhalten. Betroffen sind Voll- und Teilzeitkräfte im Stellenumfang von 7 VZS. Nicht alle werden an anderer Stelle im Verband eingesetzt ("werden können"), sagt Betz. Die Stadt argumentiert so Betz mit einem ausreichenden Angebot an I-Kursen durch andere Träger, die aber auch eine andere Zielgruppen ansprechen.

Hintergrund:

Der Kreisvorstand der Arbeiterwohlfahrt bietet seit vielen Jahren in seiner Familienbildungsstätte im Georg-Buch-Haus Sprach- und Integrationskurse an. Die Verträge mit der Stadt wurden 2006 geschlossen und trotz erheblicher Ausweitung der Angebote ("auf etwa das Vierfache") des Aufwandes nie angepasst. Erst im Zuge der Insolvenz der AWO wurden auch diese Verträge unter die Lupe genommen. Laut dem stellvertretenden Kreisvorsitzenden der AWO Franz Betz hat die AWO Ende 2020 die Stadt, konkret das Amt 51, darauf hingewiesen, dass man nicht in der Lage sei, aus anderen Einnahmen das Angebot zu bezuschussen. Als die Stadt darauf nicht schnell genug reagierte, hat der neue Vorstand der AWO im Dezember 2020 den Vertrag mit dem Amt 51 fristgerecht zum 31.12.2021 gekündigt, wie es das Insolvenzrecht vorschreibt. Gleichwohl habe man Interesse bekundet, das Angebot bei angemessener finanzieller Ausstattung weiterzuführen. Soweit, so schlecht -

Im Lauf des Jahres 2021 kam es auf Fachebene zu mehreren Gesprächen und man habe sich grundsätzlich auf die Weiterführung der Angebote zu angemessenen Konditionen geeinigt, so Betz. Aber erst im Dezember 2021 (also ein ganzes Jahr nach der Kündigung!) sei es schließlich zu konkreten Vertragsverhandlungen gekommen. Aber auch dort habe die Stadt zunächst gemauert und sei erst bei der zweiten Runde damit „rausgerückt“, dass man keine Entgelterhöhung in den Haushalt eingestellt hätte und das Angebot der AWO auch nicht nötig sei.

Beschluss Nr. 0037

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen DIE LINKE und SPD antragsgemäß beschlossen.

+

+

Verteiler:

Dezernat III z. w. V.

Wild
Ortsvorsteher